

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Bezugspr.: Monatl. d. Post M 1.20 einschl. 18 3 Beförd.-Geb., jäh. 36 3 Zustellungsgeb.; d. Ag. M 1.40 einschl. 20 3 Austrägergeb.; Einzeln. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. höh. Gewalt od. Betriebsstör. besteht kein Anspruch auf Lieferung. Drahtschreibl.: Tannenblatt. / Fernruf 321.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig. Text-millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabschluss Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort Allensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 58

Mittwoch, Dienstag, den 10. März 1936

58. Jahrgang

Die Parole des Führers

NSA. Der letzte entscheidende Schritt zur Freiheit des Reiches ist getan. Der 14. Oktober 1933, der 16. März 1935 und der 7. März 1936 bezeichnen die großen Abschnitte jenes von Adolf Hitler geführten und dem leidenschaftlichen Willen der deutschen Nation getragenen politischen Kampfes um die deutsche Gleichberechtigung.

Die letzte Bestimmung ist gefallen, die die Souveränität des deutschen Volkes auf seinem eigenen Boden beschränkte. Ein für die Ehre und die Sicherheit des deutschen Volkes auf die Dauer unerträglicher Zustand ist damit beendet worden. Unter Dank gilt dem Führer, unser Glückwunsch dem deutschen Volke und dem endlich befreiten Rheinland!

Immer wieder sind die Möglichkeiten ausgeschlagen worden, die Deutschland bot, um eine Situation auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen zu ändern, die nicht zuletzt im Interesse aller geändert werden mußte. Die treffenden Worte, die der Führer gerade diesen Tatsachen widmete, behandeln eines der bedauerlichsten Kapitel der europäischen Geschichte. Staatsmänner, die alle bisherigen konkreten Befriedigungsvorschläge damit beantworteten, daß sie neuen Gefahren den Weg nach Europa bahnten, können heute auch nicht mit einem Schein des Rechts dagegen Beschwerde führen, wenn Deutschland nunmehr den einzig ihm verbleibenden Weg beschreitet und die für seine Sicherheit nicht mehr vermeidbaren Schritte unternimmt. Es zieht damit von sich aus einen Schlussstrich unter die innere Sinnlosigkeit eines Vertrages, den die Welt heute als das zu erkennen beginnt, was ihn der Führer nannte: „Ein Werk menschlicher Kurzsichtigkeit und unvernünftiger Leidenschaft.“

Und trotzdem: Adolf Hitler hat nicht nur mit eiserner Konsequenz und realpolitischer Weisheit die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Er hat in dieser großen Stunde, in der letzten Sitzung des beim Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund gewählten Deutschen Reichstags die großen Probleme des Zusammenlebens der europäischen Völker mit einer inneren Leidenschaft vorgetragen, die seine Worte zu einem Bekenntnis zum europäischen Frieden werden ließ, wie es mit solcher Kraft und Begründung noch nie von einem europäischen Staatsmann ausgesprochen worden ist.

In seinen konkreten Vorschlägen hat der Führer den Willen des deutschen Volkes sowohl den europäischen Frieden zu garantieren wie ihm auch weiterhin Opfer zu bringen, mit einer Ueberzeugungskraft zum Ausdruck gebracht, der sich die Herzen der interessierten Völker nicht verschließen werden.

Adolf Hitler hat die Grundzüge einer großen Solidarität der europäischen Nationen entworfen. Und er hat weiter in dem den Mächten überreichten Memorandum die Wege aufgezeigt, die allein dazu führen können, Krieg aus Europa zu verbannen. In einer ersten Stunde hat Adolf Hitler diese Mahnung an Europa gerichtet. Die deutsche Nation ist auferstanden worden mit dem Gewicht ihrer Stimme für zu unterstützen. Wird Europa uns diesmal hören?

Wir wünschen, daß die europäischen Staatsmänner in den kommenden Wochen mitten in unserem Volke leben würden — sie würden die innere Aufrichtigkeit, die Begeisterung und den unbegrenzten Willen erkennen, mit dem die deutsche Nation der vom Führer proklamierten Parole folgt und sie würden das überwältigende Bekenntnis sich vorbereiten sehen, das Deutschland am 29. März für die Freiheit des Reiches und für den Frieden Europas ablegen wird.

Die evangelische Kirche grüßt den Führer

Berlin, 9. März. Der Vorsitzende des Reichskirchenausschusses, Generalsuperintendent Dr. Böllner, hat am Sonntag an den Führer und Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt:

„Tief ergriffen von dem Ernst der Stunde und von der festen Entschlossenheit des aus seiner Verantwortung vor Gott handelnden Führers steht die Deutsche Evangelische Kirche freudig bis zum letzten Einlaß für des Deutschen Reiches Ehre und Leben bereit.“

Der Präsident des Statistischen Reichsamtes zum Reichswahlleiter ernannt

Berlin, 9. März. Der Reichsminister des Innern hat zum Reichswahlleiter den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes, Ministerialdirektor Dr. Reichardt, und zu seinem Stellvertreter das Mitglied des Statistischen Reichsamtes, Oberregierungsrat Dr. Steen Meyer, ernannt. Für den Fall der Behinderung des Reichswahlleiters und seines Stellvertreters ist der Direktor im Statistischen Reichsamte Dr. Leise mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt. Die Geschäftsräume des Reichswahlleiters befinden sich in Berlin NW. 43, Neue Königstraße 27—37.

Edens Erklärung zu Deutschlands Memorandum

Bedauern über das Falllassen des Locarno-Paktes — Prüfung der deutschen Angebote

London, 9. März. In der Erklärung, die Staatssekretär Eden am Montag vor dem Unterhaus abgab, führte er u. a. aus, er habe dem deutschen Botschafter mitgeteilt, daß die deutsche Handlung im Rheinland die einseitige Aufkündigung eines frei verhandelten und frei unterzeichneten Vertrages bedeute. Die Wirkung auf die britische Öffentlichkeit müsse bedauerlich sein. Das Aufgeben des Locarno-Vertrages und die Besetzung der entmilitarisierten Zone hätten das Vertrauen in jede Vereinbarung, die die deutsche Regierung in Zukunft schließen würde, tief erschüttert. Niemand im Unterhaus könne diesen Schritt billigen oder entschuldigen. Er füge dem Grundlag der Heiligkeit der Verträge einen schweren Schlag zu.

Er, Eden, sei jedoch dankbar dafür, sagen zu können, es gebe keinen Grund für die Annahme, daß die gegenwärtige deutsche Handlung die Drohung von Feindseligkeiten in sich schließe.

Die deutsche Regierung spreche in ihrem Memorandum ausdrücklich von ihrem Wunsch nach wahren Frieden und drücke den Wunsch nach Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit Frankreich und Belgien aus.

Um Mißverständnisse über die Stellung Englands als Unterzeichner des Locarno-Vertrages auszuräumen, halte er es für notwendig, zu erklären, daß, falls sich während der Zeit, die für die Erörterung der neuen Lage notwendig sein würde, ein tatsächlicher Angriff auf Frankreich oder Belgien ereignen sollte, er eine Verletzung des Artikels 2 des Locarno-Vertrages wäre, die die britische Regierung trotz der Aufkündigung des Locarno-Vertrages durch Deutschland sich durch ihre Ehre für gebunden halten würde, wie in dem Vertrag vorgesehen, dem Angegriffenen zu Hilfe zu eilen. Eine der wichtigsten Grundlagen des Friedens in Westeuropa sei beseitigt worden. Wenn der Friede gesichert werden solle, bestünde die Pflicht, ihn wieder auszubauen. In diesem Geist müsse man an die deutschen Vorschläge herangehen. Die britische Regierung werde sie mit klarer Einsicht und sachlich prüfen, um festzustellen, in welchem Ausmaß sie das Mittel darstellten, die Struktur des Friedens wieder zu härten. Angesichts der schweren internationalen Lage dürfe keine Gelegenheit verpaßt werden, um die Struktur des Friedens zu verbessern.

Baldwin für eine dreifache Freundschaft

Bis dahin britische Aufrüstung — London behält kühlen Kopf

Nachdem Eden seine Erklärung beendet hatte, beantragte Premierminister Baldwin, das Unterhaus möge die Vorschläge der Regierung billigen, die in dem Weißbuch über die Verteidigung enthalten seien.

Zur Begründung führte er aus, die Bedürfnisse der Landesverteidigung und die auswärtige Politik seien so eng und fest miteinander verbunden, daß man über die eine nicht ohne die andere beraten könne. Daher werde er sich auch mit der englischen Außenpolitik befassen. Ihr Ziel sei, den Frieden für die Völker des britischen Reiches und für die Völker der Welt zu sichern. Die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, bestünden in der kollektiven Sicherheit und Freundschaft. Um kollektive Sicherheit zu erhalten, gehöre England dem Völkerbund an. Freundschaft suche England mit allen Völkern der Welt.

Die enttäuschenden Ergebnisse jedes Versuches, zu einer internationalen Abrüstung zu kommen, das Anwachsen der Rüstungen in anderen Ländern zusammen mit dem Auftauchen einer Reihe beachtenswerter Dinge in der internationalen Lage hätten Großbritannien keine andere Wahl gelassen, als die britischen Verteidigungsmittel zu überprüfen.

Die Regierung habe wiederholt ihrer Bereitschaft Ausdruck gegeben, ein internationales Abkommen über Rüstungsmaßnahmen abzuschließen. Obwohl diese Vorschläge bisher nicht angenommen worden seien, hoffe die Regierung immer noch, daß man eine Grundlage finden werde, auf der Uebererinnungen für die Begrenzung der Rüstungen getroffen werden könnten. Sie werde jede Gelegenheit, die sich hierzu biete, nutzen. Diese Worte, so führte Baldwin aus, sind vor dem Wochenende geschrieben worden, aber ich wiederhole sie als das, wofür die Regierung arbeiten wird. Wir werden fortfahren, unsere Stellung, unser Ansehen und unseren Einfluß dazu zu verwenden, um zu einer Befriedung der internationalen Unruhe beizutragen und den Grundlag der Völkerbundlösung zum Erfolg zu verhelfen.

Aber keine Regierung dieses Landes kann die etwaigen Gefahren eines Konfliktes irgendwo anders in der Welt übersehen, die trotz der wohlgemeinten Anstrengungen für eine Befriedung vorhanden sind. Während wir versuchen festzustellen, was zu tun sei, um einen Streit zu vermeiden, werden wir nicht vor der unvermeidlichen Verantwortung zurücktreten oder absichtlich die Verteidigung unseres Landes schwach oder schlecht ausgerüstet lassen.

Baldwin wandte sich hierauf der Schilderung des Kollektivsystems zu. Man habe seit dem letzten Jahr einiges gelernt. Die kollektive Sicherheit habe sich als unfähig erwiesen, den Ausbruch des ostafrikanischen Krieges zu verhindern. Sie müsse aber der Gesamtidee nach einen Krieg verhindern können, bevor er beginne. Er sei der Ueberzeugung, daß ein Krieg nicht zu verhindern sei, wenn der Angreifer nicht wüßte, daß sein Vorgehen sofort auf bewaffnete Gegnerschaft treffen würde. Nach den gegenwärtigen Wirren müsse Europa erwägen, was die kollektive Sicher-

heit bedeute. Es müsse sich darüber schlüssig werden, ob es von ihr Gebrauch machen wolle. Er hoffe, daß das geschehen werde. Das werde aber nicht an einem Tage getan sein. Im System der kollektiven Sicherheit entfielen auf England, das die größte Seemacht in Europa sei, auch die größten Lasten. Was sich in den letzten Monaten ereignet habe, zeige dies offensichtlich. Die vorangegangenen Regierungen seien bei der Aufstellung der Haushalte für die Wehrmacht in den letzten zehn Jahren von der Ansicht ausgegangen, daß es keinen größeren Krieg in Europa geben würde.

Zu den britischen Bemühungen zur Förderung des Friedens erklärte Baldwin, man dürfe sie nicht als ein Zeichen von Schwäche ansehen. „Weder die britische Regierung noch das britische Volk“, so erklärte er, „werden sich durch Drohungen einschüchtern lassen, aus welcher Ecke sie auch immer kommen mögen“.

Baldwin stellte dann fest, daß die Vorschläge über das notwendige Maß nicht hinausgingen, und daß der Aufrüstungsplan elastisch sein müsse, damit die Pläne geändert werden könnten, je nachdem sich die internationale Lage zum Besseren oder zum Schlechteren ändere.

Am Schluß seiner Ausführungen im Unterhaus ging Baldwin auf die gegenwärtige internationale Lage ein. Trotz der Unruhe in den internationalen Beziehungen, so sagte er, wollen wir unsere ganze Kraft auf eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern verwenden.

Das Haus wird die Erklärung des Außenministers Eden mit gemischten Gefühlen gehört haben. Es gibt niemand in diesem Hause, der ihm nicht Erfolg auf seiner Reise wünscht. Der Frieden in Europa kann nicht von Dauer sein, wenn der jahrhundert alte Argwohn zwischen Frankreich und Deutschland bleibt. Die Gründe für den Argwohn gehen weit in die Geschichte zurück. Unsere englische Geschichte hat nichts, was uns in den Stand setzt, das zu verstehen. Aber mit diesem Argwohn, mit diesem französischen Wunsch nach Sicherheit und dem deutschen Wunsch nach Gleichberechtigung sind unsere schönsten Hoffnungen wieder und wieder zunichte gemacht worden, manchmal durch die Franzosen, die unserer Ansicht nach eine Gelegenheit verpaßt haben, ein Angebot anzunehmen (Beifall), und andererseits durch Deutschland, das etwas tat, das zum Bruch eines Vertrages geführt hat, und was uns wieder erschüttert hat. Aber auch, wenn es in dieser Weise gehandelt hat, so war es, wie ich glaube, nicht seine Absicht, die Empfindlichkeit der Franzosen zu verletzen. Für uns steht es in diesem Augenblick nach all diesen Jahren des Krieges so aus, als ob diese alten üblen Einflüsse sich wieder durchsetzen. Es mag heute weniger Hoffnung vorhanden sein als seit langem, daß man diese beiden Länder wieder zusammenbringe.

Jedoch berühren uns in unserem Lande keine dieser alten geschichtlichen Gefühle. Wir haben keinen heiferen Wunsch, als so zu handeln, daß wir unseren kühlen Kopf bewahren und fortfahren, Frankreich und Deutschland in



Freundschaft mit uns zusammenzubringen. Ich wiederhole, was ich vor fünf Monaten gesagt habe: Es kann keinen dauernden Frieden geben, solange die gegenwärtigen Verhältnisse fortauern. Die einzige Hoffnung liegt in der Herstellung jener dreifachen Freundschaft. Bis dieser Tag anbricht, wird es in Europa in größerem oder geringerem Ausmaße Schwierigkeiten, Krisenzeiten und Zeiten der Panik geben. In dieser Zeit, in der unser Einfluß von größter Bedeutung sein könnte, kann sich unser Land am wenigsten leisten, schwach zu sein.

Die Schuld der Westmächte

Warschau, 9. März. Die Wirkung der Führerrede in Paris, London und in den übrigen Hauptstädten wird von der polnischen Öffentlichkeit mit gespanntem Interesse verfolgt. Der nicht zum nationalen Lager zählende „Wieszow-Warjawiak“ schreibt, wenn heute die angeblichen Sicherheitsgarantien des Locarno-Paktes, auf die Frankreich seine Außenpolitik gestützt habe, in sich zusammengefallen seien, so sei das in erster Linie die politische Schuld der westlichen Großmächte und insbesondere die Folge der Politik Briand, deren Geist bis zum heutigen Tage in Frankreich herrsche. Die Erscheinung des Nationalsozialismus in Deutschland sei in Frankreich nicht verstanden worden. Die von den Freimaurern beeinflusste französische Politik habe immer auf einen automatischen Sturz Hitlers gewartet und auf diese Hoffnung, die vergeblich gewesen sei, ihren Plan gestützt.

Auch auf dem ungeliebten Gedanken des Paktes mit der Sowjetunion sei die französische Politik unter freimaurerischen Einfluß gekommen. Laval und ebenso die nationalen Kreise in Frankreich hätten vergeblich versucht, sich diesem Schritt zu widersetzen. Heute nun ernte Frankreich die Früchte dieser Politik: Es habe zwar einen Majoritätspakt mit der Sowjetunion in der Hand, aber Locarno nicht mehr, auf das es seine Sicherheit gestützt habe. Die Ausrufung des Völkerbundes entscheide den weiteren Gang der Ereignisse dahin, daß Verhandlungen beginnen werden, in denen die Stellung Deutschlands sehr stark sein werde. Es habe noch nicht den Anschein, als ob die Westmächte die dankerotte Völkerbundspolitik aufgeben würden, da sie sich in ihren Schritten von doktrinalen Rücksichten und der Beeinflussung internationaler Kreise leiten ließen. In Polen habe man niemals viel Vertrauen zum Völkerbund und zur Idee der kollektiven Sicherheit gehabt und habe sich schon längst von der „Paktomanie“ abgewandt. Den Locarno-Vertrag habe Polen sehr ungern gesehen, da er infolge der Unterscheidung nach West- und Ostgrenzen die internationale Lage Polens geschwächt habe. Gegenwärtig müsse man statt der „kollektiven Sicherheit“ neue unmittelbare und wirklichkeitsnahe Wege suchen, wobei die polnische Politik eine aktive Rolle spielen könne.

Ungarn unter dem Eindruck der Ereignisse in Deutschland

Budapest, 9. März. Die ungarische Öffentlichkeit und Presse steht völlig unter dem Eindruck der historischen Bedeutung der großen Führer-Erklärung im Reichstag. Die Zeitungen finden reichenden Abdruck. Auch die namhaften Montagabendblätter sprechen in höchster Anerkennung von der geschichtlichen Tragweite des historischen Samstags. So schreibt das „Acht-Uhr-Blatt“ des Grafen Bethlen, die verantwortlichen Staatsmänner Europas würden in der noch frischen Erinnerung an die kaum vernarbten Wunden des Weltkrieges es sich zehnmal reiflich überlegen, ehe sie sich zu nicht wieder gutzumachenden Schritten hinsetzen lassen. Ein unbarmherziges Schicksal werde über Europa hereinbrechen. Eines Rede über jedem Zweifel erhaben: Der deutsche Reichsführer war von ehrlischer, tiefempfundener Friedenssehnsucht erfüllt, als er Deutschland von dem letzten Stempel, die die Sieger dem besiegten Deutschland auf die Stirne brannten, befreite. Deutschland ist nunmehr gleichberechtigt und das bleibt es im Frieden wie im Kriege. Es ist wahrscheinlich, daß von einem in seinem Selbstbewußtsein ruhigen, in seiner Sicherheit nicht gefährdeten Reich dem Frieden weniger Gefahr droht als von Seiten eines erbitterten und gedemütigten Deutschlands. „Hitler, so heißt es weiter, „habe mit seiner bewunderungswürdigen Tat Deutschland aber auch seelisch frei gemacht. Deutschland könne nun wieder seinen Platz unter den europäischen Völkern einnehmen. Niemand sei gezwungen, die innerpolitischen Ideen und Konstitutionen Deutschlands sich zu eigen zu machen, aber Deutschlands große internationale Handlung müsse jeder geistig freie Mensch von europäischer Denkgewohnheit mit Verständnis begrüßen.“

Moskau unterstützt Paris

Paris, 9. März. Der sowjetrussische Botschafter Potemkin hat den französischen Außenminister, wie an unterrichteter Stelle verlautet, die Zusicherungen, die er Gladwin am Samstag bereits von sich aus gemacht hatte, nunmehr amtlich bekräftigt. Moskau werde die französische Regierung in den nach der deutschen Besetzung des Rheinlandes unternommenen Schritten unterstützen. Die sowjetrussische Abordnung werde in Genf der französischen Abordnung ihre Unterstützung zur Verfügung stellen.

Ueberflüssige Sicherheitsmaßnahmen

Paris, 9. März. In der Nacht zum Sonntag und am Sonntag vormittag haben die für die Grenzbedeckung vorgesehenen Regimenter ihre Garnisonen Metz und Diedenhofen (Thionville) verlassen, um die Besetzung der Grenzbesetzungen und der Lager an der Grenze zu vernünftigen. Bei der Aufhebung der Sonntagsurkunde in einigen Wehrkreisen handelte es sich nicht um eine allgemeine Maßnahme.

Der „Paris Soir“ meldet ergänzend aus Straßburg, daß auf der französischen Seite der Brücke von Kehl lebhaftes Treiben herrsche. Der Luftfahrtminister hat die in Metz und Nancy liegenden Flugzeugkassen besichtigt und sich über seine Eindrücke bekräftigt erklärt.

Rundfunk-Rede Sarrauts

Völlige Verständnislosigkeit für den deutschen Standpunkt

Paris, 9. März. Ministerpräsident Sarraut hielt am Sonntag abend im französischen Rundfunk eine Rede, in der er sich mit den Erklärungen des Führers im Reichstag beschäftigte. In völliger Verkennung der deutschen Auffassung brachte der Ministerpräsident den Standpunkt der französischen Regierung in seiner ganzen Starrheit zum Ausdruck. Während nach seiner Auffassung von französischer Seite alles getan worden sei, um zu einer Beruhigung der Atmosphäre zu gelangen, glaubt der französische Ministerpräsident, Deutschland eines völlig unkonventionellen Verhaltens beschuldigen zu können, das in sonderbarem Widerspruch zu den mehrfachen Friedensbetuerungen der Reichsregierung stehe. Als Beispiele führt er die Einstellung der Reparationszahlungen, das Verlassen der Abrüstungskonferenz, das Ausschleiden aus dem Völkerverbund und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht an. Gestilltlich verweigert er jedoch seinen Hörern, daß diese Maßnahmen von Deutschland erst ergriffen wurden, als sich die Gegenstände klar und deutlich über feierlich eingegangene Versprechungen hinweggesetzt hatte.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Sarraut der Bedeutung der entmilitarisierten Zone zu, die die Unberührbarkeit der französischen Grenze gegen einen plötzlichen Angriff (!) gewährleisten solle. Im Anschluß an das Führer-Interview im „Paris Midy“ stellt Sarraut die Behauptung auf, daß die deutschen Einwendungen gegen den französisch-sowjetrussischen Beistandspakt in bezug auf seine Unvereinbarkeit mit dem Locarno-Vertrag völlig unzutreffend seien. Deutschland habe kein Recht, sich zum Richter über die Vereinbarkeit des Locarno-Vertrages mit dem Kuffenpakt zu machen. Es hätte den internationalen Gerichtshof im Haag mit der Angelegenheit beschäftigen müssen.

Ministerpräsident Sarraut gab dann zu, daß Deutschland in dem dem französischen Botschafter übergebenen Memorandum neue Vorschläge gemacht habe. Diese Vorschläge werde jedoch die französische Regierung nicht prüfen, denn Frankreich könne diesen Vorschlägen kein Vertrauen entgegenbringen. Die Prüfung dieser Vorschläge könne aber auch nicht erfolgen, da Deutschland durch die Entsendung „bedeutender Streitkräfte“ in die entmilitarisierte Zone Frankreich vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Auch hier erwähnt Sarraut mit keinem Wort, daß in Wirklichkeit der französisch-sowjetrussische Vertrag, an den sich Frankreich bereits jetzt praktisch gebunden fühlt, eine neue Last aufgeschulden hat. Die französische Regierung sei weiter gewillt, die Sicherheitsgarantien des Locarno-Vertrages aufrecht zu erhalten. Frankreich wolle nicht, daß Straßburg im Bereich der deutschen Kanonen liege. (!)

Auch aus diesen Worten spricht wieder die vollkommene Einseitigkeit des französischen Standpunktes, der für Frankreich die zusätzliche Sicherheit vor dem Schreckgespenst einer deutschen Gefahr in Anspruch nehmen will, ohne jedoch den deutschen Nachbarn das gleiche Recht zubilligen zu wollen.

Kritik im eigenen Lager

Paris, 9. März. Der marxistische „Populaire“ und der sozial-rechtsgerichtete „Jeune“ sind sich einmal ausnahmsweise darin einig, daß die Rundfunk-Rede des französischen Ministerpräsidenten eine Reihe von Ungeheuerlichkeiten bzw. schwerwiegenden Worten enthalten habe, die vielleicht nicht an Plaque gewesen seien. Man hätte, so schreibt der „Populaire“, gewünscht, daß der Regierungschef zur Ruhe und Kaltblütigkeit aufgefordert hätte. Aber er habe das nicht getan. Er habe die Öffentlichkeit zwar nicht beunruhigt, aber er habe gewisse schwerwiegende Worte ausgesprochen, die großen Eindruck auf die Zuhörer gemacht hätten. Die französische Regierung wolle sehr wohl, daß Hitler absolut nicht die Absicht

Beschlüsse des belgischen Ministerrats

Brüssel, 9. März. Der Ministerrat, der am Sonntag vor dem Vorh. des Ministerpräsidenten van Zeeland zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengesetzt war, hat, wie die Agentur Belgica in einem amtlichen Communiqué mitteilt, beschlossen, in Anwendung des Artikels 4 Abs. 1 des Locarno-Vertrages die Frage der Kündigung des Vertrages durch Deutschland vor den Völkerbundsrat zu bringen. Ministerpräsident van Zeeland wird am Dienstag an einer Konferenz der Signatarstaaten des Locarno-Vertrages in Paris teilnehmen und sich von dort nach Genf begeben, um dort an der Fortsetzung der Beratungen teilzunehmen.

Japanische Vorstellungen in Paris gegen den französisch-sowjetrussischen Pakt

Tokio, 9. März. (Ostasienbüro des DNB.) Der Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte auf eine Anfrage zum Memorandum der deutschen Regierung, daß der Locarno-Vertrag eine rein europäische Angelegenheit sei. Japan sei deshalb nicht in der Lage, irgend eine Erklärung abzugeben. Auf eine weitere Frage erklärte der Sprecher, daß der französisch-sowjetrussische Pakt ausdrücklich auf Europa beschränkt sei. Wichtig sei allerdings, daß in Japan die Auffassung bestehe, daß mittelbare Rückwirkungen des Paktes auf den Fernen Osten unausbleiblich sein würden. Japan habe deshalb vor Ratifizierung des Vertrages in Paris entsprechende Vorstellungen erhoben.

Eine Mitteilung des Generalsekretärs des Völkerbundes

Berlin, 9. März. Der Generalsekretär des Völkerbundsfekretariats hat dem Auswärtigen Amt eine Mitteilung zugehen lassen, derzufolge der Völkerbundsrat auf den Antrag der französischen Regierung am Freitag, den 13. 3., 11 Uhr, einberufen worden ist, um sich mit dem angeblich von Deutschland unternommenen Verstoß gegen die Verträge von Versailles und Locarno zu befassen.

gabe, ins Urtag einzudringen oder sich der französischen Befestigungsanlagen zu bemächtigen. Andererseits beweise die französische Regierung mit ihrer Haltung, daß sie keine isolierten Maßnahmen ergreifen wolle. Unter diesen Umständen müsse man sich fragen, wozu überhaupt die Verschiebung einiger Bataillone stattgefunden habe.

Der „Ami du Peuple“ warnt vor der Ergreifung von Sanktionen gegenüber Deutschland. Trotz des dringenden Wunsches, an der Wiedervereinigung des französischen Volkes mitzuwirken, sei man geradezu besorgt, den französischen Ministerpräsidenten erklären zu hören, daß er erst verhandeln werde, wenn die deutschen Truppen das Rheinland verlassen hätten. Man müsse sich fragen, ob Sarraut wirklich ehrlich der Sache sei, daß Hitler seine Truppen wieder zurückziehen werde. Man müsse sich ferner fragen, ob er überhaupt die englische Presse gelesen habe, die fast einstimmig die deutschen Maßnahmen angenommen habe. Wenn die Sanktionen gegen Italien Frankreich an den Rand des Krieges geführt hätten, so könne man überzeugt sein, daß Sanktionen gegenüber Deutschland unbedingt zum Krieg führen würden. Noch sei es Zeit für Frankreich, den Frieden und gleichzeitig die Ehre zu retten, ehe es eine neue große Politik beginne. Diese Politik müsse darin bestehen, gewisse Irrtümer der vergangenen 15 Jahre auszumergen, die schließlich zur Ehe mit Moskau geführt hätten.

Senator Caillaux tritt in der „Republique“ für eine europäische Verständigung ein, die seiner Auffassung nach trotz der bestehenden Schwierigkeiten möglich sei, vorausgesetzt, daß sie im Genfer Rahmen stattfinde. Caillaux wendet sich gegen das Jagen und Jauern Frankreichs, das mitverantwortlich für die französisch-deutschen Meinungsverschiedenheiten sei.

Der „Paris Midy“ wirft die Frage auf, ob etwaige gegen Deutschland angewandte Sanktionsmaßnahmen nicht der europäischen Wirtschaft mehr Schaden zufügen würden als dem deutschen Regime und ob wirtschaftliche Sanktionen überhaupt wünschenswert seien.

Der „Intransigent“ beschäftigt sich mit der englischen Haltung. Unter anderem schreibt das Blatt, man könne annehmen, daß ein Teil der englischen Öffentlichkeit der militärischen Besetzung der Rheinlandzone wenig Bedeutung beimessen werde. Man werde sagen, daß die Deutschen bei uns zu Hause seien und dort bleiben werden. Statt dessen werde die englische öffentliche Meinung das Friedenssystem, das der deutsche Reichsführer der Welt anzubieten scheint, lebhaft beachten. England habe nicht das selbe Misstrauen wie Frankreich. Aus diesen Gründen wage man nicht anzunehmen, daß England nach einem rechtlichen Protest feste Entschlüsse fassen werde.

Abgabe Lardiens an den Parlamentarismus

Verzicht auf einen Sitz in der Kammer

Paris, 9. März. Der ehemalige Ministerpräsident André Tardieu hat sich, wie er den Wählern des Gebietes von Velfort in einem Schreiben mitteilt, entschlossen, auf einen Parlamentarismus zu verzichten. Er wolle nicht mehr Abgeordneter sein, weil er glaube, daß das politische System Frankreichs weder vom Volke geduldet noch durch parlamentarische Mittel verbessert werden könne.

Er habe seit vier Jahren versucht, dieses Regime durch parlamentarische Mittel zu verbessern und festzustellen, daß es unmöglich sei. Der Sturz des Präsidenten Doumergue habe bewiesen, daß die Kammer jede tiefgreifende Reform ablehnen. Die förmliche Aussprache über die Wahlrechtsreform habe gezeigt, daß die Kammer selbst oberflächliche Reformen zurückwies.

Sein Austritt aus dem Parlament sei nicht ein Abschied, sondern ein Beginn. Er habe seit 15 Monaten keine neue Aktion vorbereitet. Biele in der Kammer dächten wie er, aber niemand spreche es aus.

Das Wahlrecht zum Reichstag

Juden und Mischlinge dürfen nicht wählen

Berlin, 9. März. Nach dem Gelez über das Reichstagswahlrecht vom 7. März 1933 sind zum Reichstag wahlberechtigt sämtliche deutschen Staatsangehörigen deutschen oder artoerwandten Blutes, die bis zum Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, sofern sie nicht nach den allgemeinen Bestimmungen (Entmündigung oder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) vom Wahlrecht ausgeschlossen sind oder sofern nicht ihr Wahlrecht ruht.

Nicht wahlberechtigt sind also Juden, d. h. solche Männer und Frauen, die von mindestens drei der Rasse nach völkischen Großelternteilen abstammen.

Ferner sind nicht wahlberechtigt die von zwei völkischen Großeltern abstammenden jüdischen Mischlinge (Männer und Frauen).

die am 30. September 1933 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört haben, oder nach dem 30. September 1933 in sie aufgenommen sind oder

die am 30. September 1933 mit einem Juden verheiratet waren oder sich nach dem 30. September 1933 mit einem Juden verheiratet haben.

Juden, sowie diejenigen Mischlinge, auf die die vorgenannten Voraussetzungen zutreffen, haben sonach der Wahlurne fernzubleiben, auch dann, wenn sie verheiratet in die Wahllisten eingetragen sind. Geben sie dennoch eine Stimme ab, so machen sie sich nach Paragraph 2 des Gesetzes über das Reichstagswahlrecht strafbar.

Die Bestimmungen über die Ausübung des Wahlrechts, d. h. über den Kreis der Wahlberechtigten sind im übrigen gegenüber dem früheren Zustand in keiner Weise geändert. Wahlberechtigt sind wie früher alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht vom Wahlrecht wegen Entmündigung oder wegen Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte ausgeschlossen sind. Das Wahlrecht der Soldaten ruht wie bisher. Auch am Wahlverfahren hat sich nichts geändert. Wahlberechtigt und Wahlgebnisse bleiben unberührt.

Gewisse Erleichterungen für die technischen Wahlvorbereitungen, die im Hinblick auf den nähen Wahltermin auf Grund der



letzlicher Ermächtigung vom Reichsminister des Innern zugelassen wurden, haben lediglich die Verzögerung der Fristen für die Einreichung der Wahlvorschläge, die Vereinfachung der durch die Wahlbewerber beizubringenden Bescheinigungen und die Verteilung der Sitze auf die Bewerber in den Wahlvorschlägen zum Gegenstand.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 7. März 1936 sind auch Wahlberechtigte wählbar, die noch nicht ein Jahr die Reichsangehörigkeit besitzen.

Wie bisher sind Auslandsdeutsche, die sich am Wahltage in Deutschland aufhalten, wahlberechtigt. Auch die Bestimmungen über Wahlen auf hoher See und über die Stimmabgabe auf Bahnhöfen gelten für die bevorstehende Wahl.

Deutsch-litauische Unterhaltungen

über eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen

Berlin, 9. März. Wie verlautet, haben zwischen der deutschen und der litauischen Regierung Unterhaltungen darüber stattgefunden, ob auf die Organe der öffentlichen Meinungsbildung in dem Sinne einzuwirken sei, daß die Berichterstattung in der Presse und im Rundfunk des einen Landes über Staatsmänner, Regierungsmassnahmen und Vorgänge des anderen Landes in sachlichem Ton geschieht und die Leitartikel der Presse sich der gleichen Einstellung befleißigen. Wie wir hören, sind beide Regierungen der Ansicht, daß eine derartige Einwirkung alsbald vorgenommen werden soll, damit sich die Beziehungen beider Länder normalisieren und die Behandlung der zwischen ihnen schwebenden Fragen sowie die auf der einen oder anderen Seite zu treffenden Massnahmen in einer Atmosphäre der Ruhe und Sachlichkeit vor sich gehen können.

Kabinetts Hirota ernannt

Tokio, 9. März. Am Montag mittag ist das neue Kabinetts Hirota vom Kaiser bestätigt und ernannt worden. Innenminister Utsi wird auch das Kultusministerium übernehmen.

Die gesamte japanische Presse spricht von einem Kabinetts der nationalen Einheit. Die Blätter betonen, daß Hirota das Vertrauen des japanischen Volkes genieße. Das Volk wünsche, daß es Hirota gelinge, in Zusammenarbeit mit der Armee eine einheitliche Staatsführung sicher zu stellen. Die Erneuerungsbewegung, so betont man weiter, müsse mit dem Einzug frischer, unverbrauchter Kräfte beginnen, wie dies bereits in der Armee durch die Verabschiedung der im Kriegsrat vertretenen Generalität ermöglicht worden sei. Das Oberhaus und die Parteien begrüßen das neue Kabinetts Hirota und fordern eine drastische Erneuerungspolitik.

Vom Kriegsschauplatz

Einschränkung der militärischen Bewegungen an der abessinischen Front

Asmara, 9. März. (Zuspruch des Kriegsberichterstatters des DWB.) Im Laufe des Sonntags kamen hier zahlreiche Gerüchte auf, die in Zusammenhang mit der zunehmenden italienischen Antwort an den Dreizehner-Ausschuh von einer vorläufigen Einstellung der Feindseligkeiten wissen wollten. Diese Gerüchte fanden eine gewisse Bestätigung, als gegen Abend eine Anordnung des italienischen Oberkommandos bekannt wurde, wonach angehöre der bestehenden Friedensmöglichkeiten vorläufig auf italienischer Seite von Kampfhandlungen wie vor allem Luftangriffen, abgesehen werden soll. Von der Anordnung ausgenommen werden sollen lediglich die laufenden, rein taktisch zu wertenden Bewegungen der italienischen Truppen. Marshall Badoglio traf am Sonntag in Asmara ein, wo ihm begeisterte Kundgebungen bereitet wurden.

Drei italienische Bomber abgestürzt

Abdis Abeba, 9. März. Die Bombardements in der Gegend von Quoram hielten unermüdet an. Am Sonntag wurde die englische Jagarstellung bei Quoram zum drittenmal mit Bomben beworfen, obwohl sich in ihrer Nähe weder Luftabwehrschiffe noch Munitionslager befanden. Während der letzten drei Tage sind drei italienische Bombenflugzeuge bei Quoram abgestürzt. Die Maschinen wurden vollständig zerstört. Die Besatzungen verbrannten.

Der britische Botschafter in Rom, Sir Eric Drummond, sprach bei Staatssekretär Sanich vor, um gegen die Bombardierung des englischen Rote-Kreuz-Lazarettos bei Quoram in aller Form zu protestieren.

Der abessinische Kriegsminister gestorben

Abdis Abeba, 9. März. Der abessinische Kriegsminister und Heerführer Ras Mulugheta ist gestorben. Dem Vernehmen nach soll Mulugheta am Samstag einer Lungenerkrankung erlegen sein, während er nach einer anderen Lesart den Verwundungen erlegen soll, die er in der Schlacht am Ambo Klad'chi erhalten habe. Ras Mulugheta war einer der mächtigsten Fürsten Abessiniens. Er genoss das größte Vertrauen des Kaisers, dessen Stellvertretung er regelmäßig übernahm wenn der Negus von der Hauptstadt abwesend war.

Deutsch-spanisches Abkommen

über den Waren- und Zahlungsverkehr

Madrid, 9. März. Die Verhandlungen über die Regelung des deutsch-spanischen Waren- und Zahlungsverkehrs, die in den letzten Wochen in Madrid stattgefunden haben, haben am 9. März zum Abschluß eines Abkommens geführt. Das neue Abkommen tritt mit Wirkung vom 1. März 1936 in Kraft und gilt zunächst bis Ende ds. Js. Die Grundzüge, die für den deutsch-spanischen Warenverkehr nach dem abgelaufenen Abkommen vom 21. Dezember 1934 bisher galten, sind im wesentlichen beibehalten worden, die beiderseitigen Ausfuhrinteressen haben jedoch insbesondere unter Anpassung an die Entwicklung des Spanischspanisches im vergangenen Jahre eine stärkere Berücksichtigung erfahren.

Aus Stadt und Land

Mittwoch, den 10. März 1936.

Dr. Göbbels spricht. Heute abend 8 Uhr eröffnet Reichsminister Dr. Göbbels mit einer Großkundgebung in Berlin den Wahlkampf für die Reichstagswahl. Die Rede wird auf alle deutschen Sender übertragen und kein Volksgenosse sollte versäumen, dieselbe mitanzuhören.

Liquidierung des NS-Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm) abgeschlossen. Der Bundesliquidator des aufgelösten NS-Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm) gibt bekannt: Die auf Grund der Anweisung des Führers und Reichslanzlers vom 7. November 1935 durchzuführende Abwicklung der 20 Landesverbände des Bundes und ihrer weit über 6000 Dienststellen ist befristungsgemäß am 29. Febr., 18 Uhr, beendet worden; die Abwicklungsstellen und Büros sind von diesem Tage ab geschlossen.

Wart, 7. März. (Geldgedenktage.) Wie alljährlich, so versammelten sich am Geldgedenktage die Kriegerkameradschaft, die Parteiorganisationen der NSDAP, und die Einwohnerschaft vor dem Ehrenmal der Gefallenen. Die Feier wurde durch Chöre des „Sängerbundes“ eingeleitet. Blodleiter Reich würdigte den Opfertod der Soldaten des Weltkrieges, wie auch die heldischen Leistungen deutscher Kämpfer aller Zeiten. Er sprach von der Kameradschaft, die im Graben der Front entstand und die heute als Nationalsozialismus unser Volk verbindet. Ferner schäuferte er den ungeheuren Eindruck der geschichtlichen Tat unseres Führers durch die Schaffung der Freiheit des Reiches an unserer Westgrenze. Die Fahnen kentten sich und Bürgermeister Pg. Hartmann grüßte die elf toten Söhne der Gemeinde Wart. Die NS- und SA-Mitglieder durch Sprechchöre und Lieder zum Ausdruck, daß die toten Soldaten nicht um ihr Opfer betrogen worden seien. Mit den schlichten Weihen wurde die erste Feier geschlossen.

Zavelstein, 10. März. (Von der Krokusblüte.) Die Zavelsteiner Wiesen haben sich in letzter Woche wieder mit ihrem schönsten Frühjahrskleid, mit den zarten Krokusblüten, geschmückt. In den Strahlen der Frühjahrs-sonne schillern sie in buntem Glanz und zaubern auf den Wiesen ein farbenprächtiges Bild hervor. Diese ersten Frühjahrskinder hatten schon am Sonntag wieder zahlreiche Besucher angelockt.

Neuenbürg, 10. März. In dem Eintopfeffen der SA, Trupp 2/172, das gestern im „Löwen“ stattfand, nahmen jetzt 180 Personen teil. Die Feuerwehrtapelle konzertierte während des Gemeinschaftsfeffens. Bürgermeister Dr. Steimle hielt eine kurze Ansprache und hob den Gedanken der Volksgemeinschaft, wie er im deutschen Volke lebendig ist und sich auch durch dieses gemeinsame Eintopfeffen bekundet, hervor.

Neuenbürg, 9. März. (Verkehrsunfälle.) Beim Straßen-dreieck an der Enzbrücke fuhr Sonntagnachmittag gegen 2 Uhr ein mit zwei Männern besetztes Motorrad auf ein Personenauto auf, wobei der Führer des Kraft-rades erheblich, der Beifahrer dagegen nur leicht verletzt wurde. — Abends gegen 8 Uhr fuhr ein gewissenloser Motorradfahrer freihändig, überall hinschauend, nur nicht auf seine Fahrbahn, im schönsten Tempo die Marzeller Straße aufwärts und sah nicht, daß ein Personenauto vor ihm die Fahrtrichtung änderte und ihm nun plötzlich im Wege war. Mit dem freihändigfahren war es natürlich aus und für ein gefahrloses Vorbeikommen zu spät. Seine zerfundenen Hände werden ihn wohl belehrt haben, wie man Motorrad fährt.

Stuttgart, 9. März. (Straßenbahnzusammenstoß.) Montag nachmittag gegen 1 Uhr ereignete sich an der Straßenbahnhaltestelle am Hauptbahnhof gegenüber dem Schlossgartenhotel ein schweres Straßenbahnunglück. Ein Wagen der Linie 20, der stadteinwärts fuhr, kam in zu rascher Fahrt die Schillerstraße herunter und fuhr an der Haltestelle von hinten auf den Anhängewagen eines dort haltenden Straßenbahnzuges der Linie 21 auf. Infolge des Zusammenpralls wurden die beiden Plattformen des Trieb-wagens der Linie 20, der zugleich aus den Gleisen sprang, und des Anhängewagens der Linie 21 eingedrückt. Zum Glück befanden sich auf den Plattformen nur wenige Personen. Insgesamt wurden drei Personen verletzt, davon zwei leichter und eine schwerer. Die Verletzten wurden sofort mit dem Sanitätswagen ins Katharinenhospital verbracht. Nach halbblündiger Unterbrechung konnte der Verkehr wieder aufgenommen werden.

Ludwigsburg, 9. März. (Vierdemarkt.) Montag begann der alljährliche Ludwigsburger Vierdemarkt. Am Sonntagnachmittag ging ihm die Eröffnung der damit verbundenen Ausstellung voraus, die einen Ueberblick über alles gibt, was Handwerk, Handel und Gewerbe der Stadt und des Bezirks dem Landwirt zur Erleichterung seiner Arbeit zu bieten vermögen. Dr. Frank eröffnete die im Exerzierhaus untergebrachte Ausstellung in Anwesenheit von Vertretern der Stadt, der Wehrmacht und der Partei.

Schwäb. Hall, 9. März. (Bestrafter Suben-kreis.) Die Föhnungsmassnahmen der Landjägerbe-amten ist es gelungen, die zwei Barfüßler, die bei Miesfeld Pfastersteine über die Straße gelegt haben, festzunehmen. Sie wurden wegen ihres gemeingefährlichen Treibens zu je 14 Tagen Haft verurteilt und sofort zur Strafverbüßung dem Gefängnis zugeliefert.

Neckartaltingen, 9. März. (Schwerer Sturz.) Beim Nachhauseweg vom Wehrmarkt verunglückte der 70 Jahre alte Jakob Weith, Bauer von Kleinbeilungen dadurch sehr schwer, daß er die Brückentafel hinunterfiel und einen doppelten Schädelbruch erlitt.

Wahlkampfbeginn in Württemberg

Stuttgart, 9. März. Die Gauleitung Württemberg-Hohenzollern beginnt die Wahlvorbereitungen. Am Mittwoch vormittag wird im ehemaligen Württ. Landtag die Wahlpropaganda-besprechung des Gauces stattfinden. Kreisleiter, Kreispropaganda-leiter, Gauredner, der Gauring, die Hauptkreisleiter der Partei-presse, höhere Führer der SA und SS, die Führer sämtlicher Gliederungen der Bewegung, werden an dieser Tagung zugegen sein. Der Gauleiter und Reichsstatthalter Murr, der stellv. Gau-leiter Schmidt und Gaupropagandaleiter Kauer werden dabei die Richtlinien für den Wahlkampf geben. Kein Zweifel, daß Württemberg dieser weltgeschichtlichen Bedeutung entsprechend seine Stimme für den Führer abgeben wird. Die Partei wird das Ihre dazu tun und den Wahlkampf so führen, daß die letzte Stimme für den Führer aus der letzten Hütte herausgeholt wird. Am Donnerstag wird Stuttgart in 60 Sälen die Parole der Partei entgegennehmen.

Außerordentliche Leistungen der neuesten elektrischen Schnellzuglokomotiven

Stuttgart, 9. März. Die dieser Tage auf den Strecken Mün-chen-Stuttgart und München-Nürnberg durchgeführten Meh-fahrten zeigten, welche namenswerten Leistungen die neuen, vom Reichsbahnzentralamt München in Zusammenarbeit mit der TSG konstruierten elektrischen Lokomotiven der Reihe E 18 ausbringen können. Es handelt sich hier um Regelleistungen. Mit der ersten Schnellzuglokomotive der Reihe E 18, von denen die Deutsche Reichsbahn derzeit 29 Stück in Auftrag gegeben hat, wurden bereits im Juni vorigen Jahres Schnellfahrversuche zwischen München und Stuttgart durchgeführt. Es wurde damals auf Geraden eine Geschwindigkeit von 150 Stundenkilometer erreicht und eine Fahrzeit für die 241 Kilometer lange Strecke von 130 Minuten eingehalten. Rannmehr galt es neuerdings, die im praktischen Dauerbetrieb möglichen Geschwindigkeiten mit besonders schweren Zügen zu ermitteln. Auf der Strecke München-Stuttgart haben die kürzeste reine Fahrzeit die Schnellzüge Wien-Paris, die für die Strecken München-Stutt-gart 169 Minuten benötigen; auf der Strecke München-Nürn-berg in 119 Minuten durchfahren. Diese kürzesten Fahrzeiten zwischen München und Stuttgart konnten bei den Wehlfahrten mit einer Achslast von 680 Tonnen, das sind 14 D-Zug-Wagen mit 58 Achsen, eingehalten werden, auf der Strecke München-Nürnberg mit 640 Tonnen gleich 13 D-Zug-Wagen mit 54 Achsen. Die Beförderung solcher schweren Züge, insbeson- dere auf den württembergischen bergigen Teilstrecken, stellt an die Zugkraft der Lokomotive ganz ungeheure Anforderungen, deren Bewältigung als Rekord angesehen werden muß. So hatte die elektrische Lokomotive, um den genannten Zug von 680 Tonnen mit der fahrplanmäßigen Geschwindigkeit von 120 Stundenkilometer auf den Bergstrecken befördern zu können, nach den Ausschreibungen der Meßinstrumente längere Zeit 5400 PS. aufzubringen, die sich zeitweise sogar auf 6200 PS. steigerten. Diese außerordentlichen Leistungen wurden anstands- los bewältigt, so daß auch im Blandienst diese Zuggewichte tat-sächlich befördert werden können. Damit hat sich gezeigt, daß die elektrische Lokomotive der Reihe E 18 nicht nur die leistungs-fähigste Lokomotive der Deutschen Reichsbahn ist, sondern die leistungs-fähigste Lokomotive überhaupt.

Wehrmacht gratuliert General Freiherr von Soden

Stuttgart, 9. März. Das Generalkommando V teilt mit: Zum 80. Geburtstag des Generals der Infanterie, Freiherrn von Soden, den die neue Wehrmacht als einen hervorragenden Führer der alten, ruhmreichen Armee verehrt, überbrachte der Kommandierende General des V. Armeekorps, Generalleut-nant Geyer, seine herzlichsten Glückwünsche, zugleich auch im Namen aller Angehörigen des Wehretrees V. Von der Wehr-macht waren ferner zur persönlichen Bestätigung erschienen der Chef des Generalkabs, Oberst Ruff, Korpsintendant Pelln und Stadtkommandant Oberst Rost. Weiter sprachen ihre Glück-wünsche aus: Generalmajor Schwarzjeder und Generalmajor Schaller, Oberst Jidwoll, Kommandeur des Infanterieregiments 13, in dessen Reihen die Tradition des Infanterieregiments 125 fortgeführt wird, Oberleutnant Zahn, Kommandeur des 1. Bataillons, und Hauptmann Freiherr von Scheller als Führer der Traditionskompanie dieses Regiments. Am Mon-tag nachmittag brachte das Musikkorps des 1. Bataillons des IR. 13 Exzellenz von Soden als besondere Ehrung der Wehr-macht ein Ständchen.

Schwäbisches Kulturschaffen der Gegenwart

Stuttgart, 9. März. Wenn die Landesstelle Württemberg des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in Zu-sammenarbeit mit der Kreisleitung Stuttgart der NSDAP, und der Reichskammer der Bildenden Künste im Rahmen der kul-turellen Woche in drei Ausstellungen einen Ueberblick gibt über das schwäbische Kulturschaffen der Gegenwart im Bereich der bildenden Künste, der Architektur, des Kunsthandwerks und der Gebrauchsgraphiker, so soll gerade hier erwiesen werden, wie stark sich die schwäbische Kultur der Gegenwart hineinsetzt in die germanische Kultur, ja, wie sie im Grunde nichts anderes sein will als ein Stück von dem kulturellen Schaffen unseres Nation. Diesen Gedanken verlied auch Gaupropagandaleiter und Kreisleiter Kauer Ausdruck, als er am Samstag im Kuppelsaal des Kunstgebäudes vor einer großen Anzahl von Ehrengästen die Ausstellungen „Schwäbisches Kulturschaffen der Gegenwart“ eröffnete. Darüber hinaus sollen diese Ausstellun-gen, so führte Pg. Kauer aus, zeigen, daß der schwäbische Mensch in seinem tiefsten Grunde ein künstlerischer Mensch ist und daß er heute Kunstwerke schafft, die, blut-, hoden- und talgegebunden, aus dem Volke selbst kommen und vom Volk verstanden und er-lebt werden können.

Schlingenfeller erwischt!

Stuttgart, 9. März. Wieder einmal ist es gelungen, in den ausgedehnten Schönbusch-Waldungen einen Schlingenfeller zu fassen. Schon lange müssen die Jagdpächter und die Schutz-organen in den alten Wilderergeländen um Waldenbusch und Schönbusch eine Unruhe und Verklümmtheit des Wildes beobach-ten, fanden da und dort im ausgeglühten Draht verübertes Wild und jünglich gestellte Schlingen. Wieder fand ein Jagd-pächter in dem idyllischen Tal zwischen Schönbusch und Walden-busch in einer Fichtenkultur eine künstlich gekettete Schlinge und

Tue mehr für Deine Zähne,
pflege sie mit Chlorodont!

drehte sie zur Seite. Am nächsten Tage war sie wieder fängig gestellt. Mit einem jungen Hörter legte er sich auf die Lauer, bis schon nach zwei Tagen der 26 Jahre alte Christian Jaus von Schönau auf dem Wechsell erschien, die inzwischen wieder abgebrochene Schlinge aufdrehte und fängig stellte, und dabei festgenommen werden konnte. Nach 40 Tagen Untersuchungshaft bequeme er sich zu einem Geständnis und vertiet noch zwei andere schon längst als Wilderer verdächtige Personen. Jaus wurde zu der Gefängnisstrafe von fünfzehn Monaten verurteilt. Die von ihm angegebenen beiden anderen Wilderer leben ihrer Bestrafung noch entgegen.

Aus Baden

Forzheim, 10. März. Ein Wolfshund sprang gestern nachmittags 4.30 Uhr über ein Gartengitter in der Wilsbergstraße und sprang auf die dort weidenden Zuchtschafe los. Obwohl er einen Maulkorb trug, richtete er ein wertvolles Schaf übel zu. Der Uebelthäter konnte erst nach langen Bemühungen in die Enge getrieben werden, nachdem er auch die andern Schafe angegriffen hatte.

Forzheim, 9. März. (Soldaten halten Einzug. — Ulmer Pioniere in der Landespolizei-Kaserne.) Gestern in der Frühe traf eine motorisierte Kompanie Ulmer Pioniere hier ein. Forzheim wurde vorläufig zum Standort dieser Truppe bestimmt. Unsere Stadt ist damit zum erstenmal Friedensgarnison geworden. Ein vor dem Weltkrieg lange gehegter Wunsch hat damit Verwirklichung gefunden. Forzheim war bisher nur einmal, während des Weltkriegs, Garnisonstadt. Damals lag hier eine Maschinengewehrkompanie. Die Pioniere sind vorübergehend in der Turnhalle der Landespolizei-Kaserne untergebracht. Voraussichtlich wird ihnen noch in diesen Tagen eine andere Unterkunft zugewiesen. Nachmittags kurz vor 6 Uhr stießen der Kommandeur im Wehrkreis-Kommando V, Generalmajor Schaller aus Stuttgart, und Oberst Ziegler den Pionieren einen Besuch in der hiesigen Kaserne ab.

Häufigen, bei Donaueschingen, 9. März. (Raubmord.) Bei Häufigen ereignete sich am Samstagmittag ein schreckliches Verbrechen. In einer Kiesgrube an der Straße nach Bräunlingen überfiel plötzlich der 69 Jahre alte Taubstumme Josef Müller seinen in den 60er Jahren lebenden Begleiter Matthäus Heine von Lenzkirch und durchschnitt ihm mit einem Taschenmesser den Hals. Einen weiteren Stich führte der Täter nach der Brust seines Opfers aus, wo das Messer stecken blieb. Der Mörder wurde bald von einigen Bauern ermittelt und der Gendarmerie übergeben. Bald nach der Tat traf auch die Nordpolizei aus Donaueschingen ein. Der Ermordete trug einen Geldbetrag bei sich, wovon auch der Mörder wußte. Vermutlich hat er die Tat auch nur ausgeführt, um in den Besitz des Geldes zu gelangen, denn man fand es bei der Verhaftung in seinem Besitz.

Lahr, 9. März. (Großfeuer in Lahr. — Material- und Gebäudeschaden etwa 20 000 RM.) In Lahr in Oberbaden brach am Sonntagvormittag ein Großfeuer aus, dem die Holzbiegerei Schälke fast völlig zum Opfer fiel. Die eintreffende Feuerwehr fand eine schwere Arbeit vor, da der Trostentraum, in dem das Feuer ausgebrochen war, stark verqualmt war. Dennoch wurde

der Brand, bevor er größere Ausmaße annehmen konnte, auf seinen eigentlichen Herd beschränkt und in etwa zwei Stunden niedergelämpft. Der Material- und Gebäudeschaden beträgt etwa 15 000 bis 20 000 RM.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Grabsteinweihe für Nichthofen. Auf dem Invalidenfriedhof in Berlin fand am Sonntag an der Grabstätte Manfred von Nichthofens eine Gedenkfeier statt, bei der General Göring einen neuen Grabstein für den toten Kameraden weihte. General Göring gedachte in einer kurzen Ansprache des Kameraden und kündigte an, daß Nichthofen einer der ersten sein solle, der in die neue Ruheshalle für die Helden des Vaterlandes übergeführt werde.

25 Todesopfer eines Lawinenunglücks in Kaschmir. Nachdem bereits vorige Woche mehrere britische Offiziere beim Schilaußen durch eine Lawine ums Leben gekommen sind, wird am Montag aus Jammu gemeldet, daß im gleichen Gebiet 25 Menschen durch ein neues Lawinenunglück den Tod gefunden haben. Die Lawine ging in der Nähe eines Dorfes Titwal nieder. Bisher konnten nur 18 Leichen geborgen werden.

Gerihtsfall

Tübingen, 9. März. (Sittlichkeitsverbrecher.) Durchschnittlich bald jede Woche hat die Große Strafkammer des Landgerichts Tübingen Sittlichkeitsverbrecher abzuurteilen. Wenn hier mit besonderer Strenge vorgegangen wird, so ist das nur zu begreifen, denn gerade diese Verbrechen schaden der Volksgesundheit und vor allem einem guten und anständigen Volkssinn. Geradezu abstoßend ist das Verbrechen, das sich der verwitwete Karl Burkhardt zusammen mit seiner noch nicht einmal 20jährigen Tochter Ernestine Burkhardt leistete. Die beiden stammen aus Dennaich, Kreis Neuenbürg. Karl Burkhardt ist Vater von acht Kindern. Wegen dieses fortgesetzten Verbrechens der Blutschande wurde er dann auch — zwar mit Rücksicht auf seine Familie, noch ziemlich mild — zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Seine Tochter, die ganz unter seinem Einfluß stand, erhielt 3 Monate Gefängnis. Dem Vater Karl Burkhardt wurden außerdem wegen seiner ganz niederträchtigen Tat die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt.

Letzte Nachrichten

Kriegsblindenheim auf den Namen des Führers getauft

Berlin, 9. März. Das im Berliner Stadtbezirk Kreuzberg gelegene Kriegsblindenheim hat am Montagnachmittag seine feierliche Einweihung und Taufe auf den Namen des Führers erhalten. Der Führer der deutschen Kriegsblinden, Dr. Klein, verlas zunächst ein Begrüßungsprogramm des Führers. Er versicherte den Führer der Treue der Kriegsblinden und sprach davon, daß es gut gewesen sei, daß Adolf Hitler, der als Gaserbinderer ihr Schicksal geteilt hatte, in Deutschlands schwerster Zeit aufrief zum Glauben und zur Kraft. Die Kriegsblinden dankten der gütigen Vorsehung, die Adolf Hitler das Augenlicht wieder gab, so daß er den Kampf um Deutschland aufnehmen konnte, um ihn siegreich zu Ende zu führen. An der schlichten Feier der Namensgebung nahmen als Ehrengäste inmitten der reichsdeutschen Kriegsblinden Führer der eng-

Bekanntmachungen der NSDAP.

Ortsgruppe Altensteig
Sämtl. Parteigenossen bitte ich, die Uebertragung der Rede des Hg. Dr. Göbbels heute abend von 8 Uhr ab anzuhören. Die Pol. Leiter kommen im Parteibüro zusammen 10 Minuten vor 8 Uhr.
Stellv. Ortsgruppenleiter.

Partei-Amtar mit betrauten Organisationen

Amt für Erzieher, Kreis Nagold
Die Kreisstagung des NSDAP. findet am Mittwoch, den 11. März 1936, nachm. 2 Uhr im Seminarfestsaal statt. Es sprechen: 1. Hg. Sadamer: „Was uns Hans Schemm heute zu sagen hat“. 2. Hg. Altenmüller: „Von der Vorstellungswelt des frühen Mittelalters“ (mit Lichtbildern).
Der Kreisamtsleiter.

Amt für Volksgesundheit
Berwaltungsstelle XIX Kreis Neuenbürg und Calw
Am Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr findet in Wildbad im Gasthaus zum „Grünen Hof“ eine Pflichtversammlung statt. Die Versammlung ist Dienst für alle vom Amt für Volksgesundheit zugelassenen Ärzte. — Schriftliche Entschuldigungen nur bei dringender Begründung zugelassen.

NS-Frauenstaffel, Kreis Neuenbürg
Die fälligen Monatsberichte der Sozialreferentinnen stehen zum Teil noch aus. Ich bitte um rasche Zusendung.
Anmeldungen von Kurzen des Reichsmütterdienstes für das laufende Jahr, für den Herbst und Winter erbitte ich von den einzelnen Ortsgruppen so bald wie möglich. Der Jahresplan wird jetzt gemacht! Zu späte Meldungen erschweren die Einschaltung in den Kurspan.
Die Kreisvertrauensfrau.

Wischen, der italienischen und der polnischen Kriegsblindenorganisation, sowie ein Vertreter der Kriegsblinden Danzigs neben Vertretern des Reichskriegs- und Reichsarbeitsministeriums teil.

Hodjas Besuch in Wien

Wien, 10. März. In einer amtlichen Mitteilung wird gesagt, daß sich der Besuch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Dr. Hodja in Wien im Rahmen des vorgesehenen Programms abwickle. An den Besprechungen am Montag, die zwischen den beiden Regierungschefs stattfanden, nahmen auch Vizelanzler Starhemberg und Außenminister Berger Waldenegg teil. Die Besprechungen werden heute Dienstag fortgesetzt.

Der polnische Botschafter bei Flandin

Paris, 9. März. Außenminister Flandin hatte am Montagnachmittag eine Unterredung mit dem polnischen Botschafter.

Eden nach Paris unterwegs

London, 9. März. Außenminister Eden verließ unmittelbar nach der Abgabe seiner Erklärung das Unterhaus und London, um sich nach Paris zu begeben.

Gestorben

Welterschwann: Anna Maria Pfommer geborene Schütte, 76 Jahre alt.

Heute abend spricht Dr. Göbbels über alle Sender.

Hört alle die Uebertragung an!
NSDAP. Ortsgruppe Altensteig.
Gelegenheit zum Anhören ist im Parteibüro!

Wolzgrafenweiler.

Am Donnerstag, den 12. März 1936 findet hier ein

Krämer-, Vieh- u. Schweinemarkt

statt.

Neuweiler.

Am Donnerstag, 12. März 1936 findet hier

Krämer-, Vieh- u. Schweine-Markt

statt, wozu Einladung ergeht. Die feuchtpollzeilichen Vorschriften sind zu beachten.
(Austrieb von 8—10 Uhr.) Der Büroverwalter.



MAGGI WURZE
sie verbessert den Geschmack und erhöht die Bekömmlichkeit

Konfirmations-Glückwunschkarten
empfiehlt die
Buchhandlung Lauk, Altensteig

Konfirmations-Geschenke
in reicher Auswahl wie:

- Bücher
Geschenkwerke, historische Romane, Erzählungen und Jugendschriften
- Gesangbücher
- Taschenbibeln
- Postkartenalben
- Photoalben
- Poesiealben
- Tagebücher
- Notizbücher
- Kochbücher
- Kochrezeptbücher
- Fälfederhalter
- Drehstifte
- Schreibgarnituren
- Schreibetuis
- Briefmappen
- Aktentaschen
- Tintenzeuge
- Briefpapiere mit und ohne Aufdruck in feinen Packungen, Kassetten, Mappen und Blocks
- Gesangbuchtaschen
- Vergißmeinnichte

Buchhandlung Lauk, Altensteig

Am nächsten Freitag den 13. ds Mts. findet von nachmittags 3 Uhr an im Seminarfestsaal in Nagold die

Schlußprüfung
der Landwirtschaftsschule

statt. Hiezu ergeht freundliche Einladung an alle Bauern und Freunde der Schule.
Der Schulleiter: E. Häcker

Bringe morgen von 1/2 10 Uhr ab

Obst u. Gemüse
Jasper, Frau Rech.

Sommerprossen
— wie unachön — werden schnell und sicher über Nacht durch Venus beseitigt. 1.60, 2.00, 3.50. Jed auch lt. extra verstärkt in Toben RM 1.95. Gegen Pickel, Mücken Venus Stärke A. Ärztlich empfohlen Beschleunigte Wirkung durch Venus Desichtswasser. RM 0.80, 1.35, 2.20.
Löwen-Drogerie Hüller

Verloren
1 Damen-Armband (Gold) auf dem Weg von Altensteig, Beuren, Simmersfeld und zurück. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe auf der Geschäftsstelle gegen Belohnung abzugeben.
Eckernbach.
Suche einen
Knecht
für Landwirtschaft nicht unter 20 Jahren
Jakob Schäble.
Ein schönes, jähriges
Zucht-Rind
verkauft
Wilhelm Bauer, Berned.

11. Geldlotterie
zugunsten des Wänters zu Ulm
Ziehung am 12. März 1936.
Lospreis 50 Pfennig.
zu haben in der
Buchhandlung Lauk, Altensteig.